

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 15.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsnummer pro gefalteter Seite oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 13. April 1907.

Verlag: A. Pohrberg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. U. S. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Seite ist der 15. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Bismar, Barth, Detmold, Wunsiedel, Ludwigshafen, Breslau, Roschendorf, Hannover-Münden und Meissen.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Berlin, Coswig i. A., Staßfurt, Hamburg, Fürth, Bremen, Osterholz-Scharmbeck, Eberwalde, Altenburg und Braunshweig.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Die gelbe Gefahr.

Das Wort „gelbe Gefahr“ hat heute einen doppelten Sinn. Man kann darunter jenen Wechselhaug verstehen, der ein Produkt der Paarung zwischen kapitalistischer Profitgier und bössartiger Dummheit ist und als fragenhafte Verzerrung einer Arbeiterorganisation sein hoffentlich kurzes Dasein unter dem Namen „gelbe Gewerkschaften“ fristet. Man kann aber auch, und zwar mit größerem Recht, das Bestreben unserer agrarisch-nationalen Schreier, den deutschen Arbeiter durch willige und billige Kulis zu ersetzen, als gelbe Gefahr bezeichnen. Die letztere ist auch Gegenstand unserer heutigen Ausführungen.

Ueberflüssig ist es, die heuchlerische Phrase vom „Schutz der nationalen Arbeit“, mit der sich die Agrarier, und nicht nur diese, drapieren, wenn sie wider die Sozialdemokratie zu Felde ziehen, auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Wer nicht mit Scheuklappen durchs Leben geht, sieht Tag für Tag Beispiele, die deutlich beweisen, daß unsere Krant- und Schlotjunker nur so lange „national“ sind, als ihnen das eine „angemessene“ Verzinsung ihres Kapitals verspricht, aber in dem Augenblicke international werden, wo sie dadurch eine Mehrung ihres Profites erwarten können. Wir haben aber auch gar nicht die Absicht, durch einen Appell an das „nationale Gefühl“ dem Kuli-Import entgegenwirken zu wollen. Wir wollen nur einigen charakteristischen Ausprägungen, die zu dieser Frage vorliegen, eine größere Verbreitung sichern und darauf hinweisen, in welcher unverständlicher Weise die Unternehmer die Interessen der Nation aufs Spiel setzen, wenn sie glauben, ihrem Geldsack dadurch nützen zu können.

Bekanntlich hat vor kurzem die Landwirtschaftskammer für Westpreußen die Anwerbung von Chinesen angekündigt, wenn der Staat nicht dafür sorgt, daß die „Leutenot“ auf dem Lande beseitigt wird. Als geeignetes Mittel hierzu empfehlen die Agrarier: Beschränkung der Freizügigkeit, Bestrafung des Kontraktbruchs, Regelung der Stellenvermittlung durch die Polizei usw. Daß die Leutenot, deren Umfang übrigens übertrieben wird, ihre Ursache nicht im Mangel an Arbeitskräften, sondern im Mangel menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse hat, ist von uns schon des öfteren dargelegt worden. Die Agrarier sind natürlich entgegengelegelter Meinung, sie erklären die Löhne für hoch und loben die Arbeitsbedingungen auf dem Lande übers Schellendaus. Die Hannoverische Landwirtschaftskammer erklärte z. B. in ihrer letzten Tagung in einer Resolution, daß „die Löhne in einem solchen Maße gestiegen“ seien, daß die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dadurch mehr wie aufgehoben würde. Diese Lamentationen haben natürlich nur den Zweck, die Regierung den Wünschen der Großgrundbesitzer geneigt zu machen.

Der oben erwähnte Beschluß der Kammer, die übrigens zugleich ihren Vorstand beauftragte, Vorbereitungen zur Anwerbung zu treffen, hat auch die Billigung der „Deutschen Tageszeitung“ gefunden. Daß sie dabei aus „nationalen Gründen“ einige Protokollstrichen vergießt, erwähnen wir nebenbei.

Neu ist die Sehnsucht nach chinesischen Arbeitern übrigens nicht. In der Schifffahrt sind sie schon vor einigen Jahrzehnten beschäftigt, als Diebstahlsboten sind sie schon im Jahre 1899 in der „Köln. Ztg.“ befürwortet worden, und in den „Medd. Nachrichten“ befand sich im Jahre 1891 folgende Aufforderung eines Herrn C. Knandt in Alt-Boorhorst:

Diesem Herren, welche gewillt sind, chinesische Arbeiter zu engagieren, werden gebeten, ihren Bedarf, das heißt Anzahl der männlichen Arbeiter, bei mir anzumelden. Die Kosten bei zehnjährigem Kontrakt werden bei genügender Beteiligung 200 Mk. pro Kopf betragen.

Wenn trotzdem die Einführung bisher unterblieben ist, so liegt das durchaus nicht etwa an „nationalen Bedenken“, sondern nur an den verhältnismäßig hohen Einführungskosten. Erklärte doch schon 1895 ein Rittergutsbesitzer in

der „Landwirtschaftlichen Presse“, daß „die Einführung nur als Kollektivunternehmen und unter besonderer Beihilfe des Staates“ gelingen könne. Er wollte deshalb die Konsulate in den Dienst des Chinesen-Imports stellen. Dieselben sollten „die Zweckmäßigkeit und Bedingungen eines Anwerbens von Kulis nach Europa gründlich studieren und bei einer eventuellen Ausführung behülflich sein“. In letzter Zeit haben bekanntlich auch die ungarischen Magnaten die Einführung von Kulis beschloffen.

Welche außerordentliche Gefahren für die gesamte Bevölkerung aus der Einführung der gelben Arbeitsklaven erwachsen, schildert anschaulich die von Dr. Böhmert redigierte „Soziale Korrespondenz“. Unter der Ueberschrift „Die Kuligefahr in Deutschland“ schreibt das genannte Blatt:

„Bei dem unser deutsches Wirtschaftsleben bestimmenden agrarischen Geiste ist vieles Wirklichkeit geworden, was früher unmöglich schien. Man wird daher auch die Chinesenfrage und das Verlangen nach dem Kuliimport ernst nehmen müssen, und besonders der Sozialpolitiker, der ein Aufsteigen des deutschen Arbeiterstandes wünscht, hat auf die sehr großen Gefahren hinzuweisen, die der Kuliimport nicht nur für den Landarbeiter, sondern ganz allgemein für Deutschland mit sich bringen würde.“

Der Kuli arbeitet billig und willig; mit ihm kann man keine anderen Arbeiter, sondern nur ein niedrig stehendes Laster vergleichen. Er hat auch kaum andere materielle Bedürfnisse, als dieses. Er lebt von schlechtestem Reis, und ein Stall, in dem er mit seinen gleichartigen zusammengepreßt liegt, genügt ihm als Wohnung. Das Niveau der westpreussischen Landarbeiter ist, an sächsischen oder westdeutschen Verhältnissen gemessen, tief, aber es ist unendlich hoch gegenüber der Lebenshaltung des Kulis. Und unter den Einfluß dieser Lebenshaltung würden in Zukunft die Verhältnisse des deutschen Landwirtschaftlichen Arbeiters gestellt werden. Wer mittelbar würde dieser Einfluß noch weiter reichen. Der billige Kuli treibt die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Industrie, in die Städte, und sie brühen dort durch ihren Wettbewerb und die Bedürfnislosigkeit einer tieferen Kultur den Preis der Arbeit. Wer die Geschichte der Chinesen-Einwanderung in den Vereinigten Staaten, in Australien, auf den Sandwichsinseln usw. kennt, der wird das nicht als leere Schwarzseherei betrachten. Ueberall wiederholt sich der gleiche Vorgang: zuerst kamen sie in einzelnen Gruppen, und dann bald, da der Chineser mehr als jeder andere Volksstamm eine Herdenart besitzt, in ungezählten Tausenden, wie die Heuschrecken. Der verzweifelte Kampf gegen die Kuliarbeit in den Vereinigten Staaten und Australien ist bekannt.

Zuerst wird der Kuli als Ausnahme verlangt und eingeführt werden. Ähnlich sind ja auch die Galizier und Russen zuerst als Landarbeiter zu uns gekommen. Aber wer dem einen Landwirt den Kuli gestattet, kann ihn dem anderen nicht verweigern. Russen und Galizier haben immerhin schon eine höhere Lebenshaltung; sie beziehen nennenswerte Löhne, und sie besitzen Selbstbewußtsein und genug persönliches Ehrgefühl, um sich nicht alles gefallen zu lassen. Bei dem Kuli ist von diesen feinsten Eigenschaften nicht die Spur vorhanden.

Natürlich besteht die Kuligefahr nicht nur für den deutschen Arbeiter, sie würde auf unser gesamtes Volkstum zurückwirken. Der Chineser ist ein Pstahl im Fleische aller nicht mongolischen Völker; er würde es auch in Deutschland sein. Eine Chinesenfrage würde den sozialen Kampf in Deutschland ungemein verwickeln. Aber nicht nur wirtschaftlich und sittlich, sondern auch gesundheitlich bedeutet der Kuliimport eine große Gefahr für uns. Hygiene kennt der niedrig stehende Chineser nicht. Er ist vielfach mit ansteckenden Krankheiten befallen, und es ist ihm gleich, ob er sie weiter verbreitet. Der Kuli hat den Ausfall nach Australien und Amerika verschleppt; er ist bei seiner Herdenart und seinen in jeder Beziehung unansehnlichen Lebensgewohnheiten ein ständiger Seuchenerder. Wer sich über alle diese Wesenheiten hinwegsetzen kann, der meint es nicht gut mit dem deutschen Volke. Und doch lehrt uns der agrarischen Kreise die Forderung nach Einführung chinesischer Arbeiter seit länger als fünfzehn Jahren mit großer Regelmäßigkeit und immer stärkerem Nachdruck wieder. Offenbar wird dem Kuli erst ein Einfallort in Deutschland, so können wir fest davon überzeugt sein, daß er bei der Ueberbevölkerung des Landes der Mitte wie ein Heerumtrieb einwandern wird.

Der Kuli ist unzweifelhaft das billigste menschliche Arbeitstier, aber ihm um materieller Vorteile willen den Weg zu uns frei zu machen, würde sein ein Verbrechen am deutschen Vaterlande.“

Es entbehrt nicht eines humoristischen Beigeschmacks, daß diese „Verbrecher am Vaterlande“ sich aus den Kreisen rekrutieren, die sich gemeinhin als Erbpächter der Vaterlandsliebe aufspielen und sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als zuverlässigste Stützen von Thron und Altar in Erinnerung bringen. Aber auch ein ganz unverdächtiger Kronzeuge, die „Nordb. Allgem. Zeitung“, äußerte sich am 3. September 1893 in ähnlichem Sinne. Sie schrieb:

Von Anbeginn steht der Chineser in feindseligstem Gegensatz zur weißen Arbeiterbevölkerung. In einem seinem ganzen Charakter nach teutonischen Gemeinwesen machen die wirtschaftlichen Tugenden des gelben Mannes aus diesem eine soziale Gefahr. Ausdauernder, gemeinsamer und billiger lebend als der Arbeiter kaukasischer Rasse, drückt er die Löhne und bringt die weißen Konkurrenten an den Rand des Hungertodes. Bei völlig freiem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte würde der Gelbe unzweifelhaft im Arbeiterstand den Weißen verdrängen.

Und Professor F. v. Luschan schreibt in der Zeitschrift „Die Ethnologie“ über die Chineseneinfuhr in Südafrika:

„Sie wird sich in Zukunft ebenso schwer an dem Lande rächen, als sich die Einfuhr von Negern in Amerika gerächt hat, und schon jetzt führt die Anwesenheit der chinesischen Arbeiter oft genug zu Nord und Süd. Während im allgemeinen der schwarze Minenarbeiter aus dem gewöhnlichen Mittelstand der einwandernden

Bevölkerung hervorgegangen ist und mit verschwindenden Ausnahmen ein guter, bescheidener und lebenswürdiger Mensch ist, entstammen die eingeführten Chinesen naturgemäß den ärmsten Schichten ihres Volkes und entsprechen tauglich dem Abscham des Pöbels der chinesischen Südstädte. Es sind sogar Fälle bekannt und niemals ernsthaft geäußert worden, daß man in China den Anwerbungsagenten manchmal direkt den vollständigen Inhalt eines Buchhauses übergeben hat.

Ich halte dieses Experiment für frevelhaft und bin überzeugt, daß es sich bitter rächen wird. Schon jetzt will niemand mehr verantwortlich sein, und der gegenwärtige Gouverneur von Samoa selbst hat neulich meine Frage, wer eigentlich die gottlose Idee zuerst gehabt hätte, nicht beantwortet können oder wollen.“

So sieht also die Chinesenarbeit aus. Der Abscham der Menschheit, den Inhalt der chinesischen Zuchthäuser, die lebenden Seuchenherde, das sind die Mittel, mit denen die nationalen, vaterlandsliebenden Thron- und Altarstützen die „Leutenot“ beseitigen wollen.

Und wenn der ruchlose Plan gelingt, wenn diese menschlichen Arbeitsmaschinen unseren Agrariern ihre Profite vergrößern helfen, dann wird es nicht lange dauern und auch die Schlotbarone wollen sie zur Mehrung ihres Kapitals benutzen. Für unsere offenen und verstedten Scharfmacher aber wäre das die erwünschte Gelegenheit, den „anmaßenden“ und „übermächtigen“ deutschen Arbeiter mit einem neuen Kampfmittel auf den Leib zu rücken. Ob dabei die Gesundheit der Einwohner gefährdet, die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt wird, die Sitten verrohen, das Recht verlehrt, kurz, die ganze kulturelle Entwicklung des Volkes gefährdet wird, das kümmert unsere nimmerfattigen Geldsackpatrioten wenig.

Umsomehr kümmert es die Arbeiter und sie werden nichts unversucht lassen, um den ruchlosen Frevel, den die raffgierigen Agrarier am Volke begehen wollen, abzuwehren.

Fabrikarbeiterinnen in Karlsruhe.

Die badische Fabrikinspektorin Dr. Marie Braun, deren Amtsniederlegung kürzlich einiges Aufsehen erregte, hat in einem Bericht an das großherzogliche Ministerium des Innern eine Abhandlung über „Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe“ verfaßt, die für unsere Mitglieder nicht ohne Interesse ist.

Die Verfasserin gliedert die Arbeiterinnen in Fabrikarbeiterinnen, Konfektionsarbeiterinnen und Handlungsgeschäftinnen in offenen Verkaufsstellen. Ueber die Verhältnisse der Fabrikarbeiterinnen lassen wir das wichtigste der Abhandlung hier folgen.

Insgesamt wurden in Karlsruhe im Jahre 1904 in 110 Betrieben 2414 Fabrikarbeiterinnen beschäftigt gegen 1831 in 54 Betrieben im Jahre 1894. Von den Beschäftigten waren 825 = 18,7 Prozent verheiratet, 203 waren Mütter, davon 118 uneheliche. Der Lohn der Arbeiterinnen betrug im Durchschnitt 10,02 Mark pro Woche. Trennen wir die Arbeiterinnen in Altersklassen, so ergibt sich folgendes Bild:

| Es verdienen durchschnittlich: | | |
|--|-----------|----------|
| lebige Arbeiterinnen unter 16 Jahren | pro Woche | 6,59 Mk. |
| „ „ „ von 16—18 Jahren | „ „ | 8,69 „ |
| „ „ „ über 18 Jahre | „ „ | 11,00 „ |
| Verheiratete, verwitwete und geschiedene | „ „ | 12,55 „ |
| Gesamtdurchschnitt | „ „ | 10,02 „ |

Die Verfasserin prüft dann des weiteren, was der Verdienst für die einzelne Arbeiterin bedeutet, in welcher Weise sie Einnahmen und Ausgaben in Uebereinstimmung zu bringen vermag. Diese Untersuchung wurde auf den Kreis der lebigen Arbeiterinnen beschränkt, die ja überwiegend aus jüngeren Mädchen bestand, eine Tatsache, die auch bei der Konfektionsarbeiterin und Geschäftsgeschäftin Geltung behält. Für die in der Stadt lebende alleinstehende Arbeiterin werden Budgets als Beispiele angeführt; das in runder Summe berechnete und bezahlte Kostgeld beläuft sich in der Woche auf 7 Mk. Dafür wird ein eigenes kleines Zimmer, Frühstück, Mittag- und Abendessen gewährt. An die Grundausgaben von 7 Mk. reihen sich die Beträge für Zwischenmahlzeiten mit 60 bis 90 Pf. in der Woche, Versicherungsgeld mit 38 Pf., die sonntäglichen mit 50—70 Pf. anzusehenden Extrausgaben sowie die Wäsche. Die hierfür angegebenen Beträge schwanken zwischen 0,40 und 1,50 Mk. Die alleinstehende Arbeiterin — hebt die Verfasserin hervor — ist in der Stadt nur dann in der Lage, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten, wenn ihre Einnahmen sich wesentlich über den allgemeinen auf 10,02 Mark eingestellten Durchschnittsverdienst der Arbeiterinnen erheben und auch den 11 Mark betragenden Durchschnittsverdienst der mehr als 18jährigen Arbeiterin übersteigen.“

In allgemeinen wird auf das Bedürfnis der alleinstehenden Arbeiterin von der Fabrikindustrie keine Rücksicht genommen. Die Hälfte der in fremdem Haushalt lebenden

städtischen Arbeiterinnen bezog ein Einkommen von weniger als 12 Mk. und „blieb somit unterhalb der Grenze, die zum Auskommen ohne eigentliche Entbehrungen für notwendig erachtet werden mußte“.

Bei der Festsetzung der Arbeiterinnenlöhne wird allgemein in Rechnung gezogen, daß die meisten Arbeiterinnen nicht genügend sind, ihre Existenz auf ihren Lohn aufzubauen. Die Frage des Bedürfnisses ist also bei der Lohnbemessung von Ausschlag. „Bei konsequenter Durchführung dieses Prinzips müßten — sagt die Verfasserin — die erhöhten Bedürfnisse der alleinstehenden Arbeiterin entschädigt werden, als es tatsächlich in der Praxis geschieht.“

Ueber die Durchschnittslöhne in den drei Klassen gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

| Es erhielten an Wochenlohn in ... Mk. | Fabrik-Industrie | | |
|---|------------------|-------|-------|
| | Mk. | Mk. | Mk. |
| Arbeiterinnen unter 16 Jahren | 6,59 | 3,84 | 3,80 |
| „ von 16—18 Jahren | 8,69 | 5,65 | 7,56 |
| „ über 18 Jahre | 11,00 | 12,02 | 19,95 |
| Nicht im Elternhause lebende städt. Arbeiterinnen | 11,16 | 22,67 | 23,37 |
| Gesamtdurchschnitt | 10,02 | 11,54 | 16,71 |

Die Fabrikarbeiterin hat also, obwohl sie den weitaus höchsten Anfangslohn erhält, sehr wenig Aussicht, jemals soviel zu erwerben, um die Kosten ihres Lebensunterhalts bestreiten zu können, während die Verkäuferin, obwohl sie den niedrigsten Anfangslohn erhält, wesentlich bessere Aussichten hat.

Jedenfalls konstatiert der Bericht offen und ungeschminkt, daß die in der Industrie bezahlten Löhne „zum Auskommen ohne eigentliche Entbehrungen“ nicht zureichen. Da aber nicht alle Arbeiterinnen das Glück haben, das Defizit im Elternhause ausgleichen zu können, so ergibt sich für diese die bittere Notwendigkeit, entweder zu darben oder — andere Einnahmequellen zu suchen. Interessant wäre es jedenfalls, wenn die Verfasserin ihre Untersuchungen auch auf die Gewinne der Unternehmer ausgedehnt hätte, man hätte dann vielleicht erfahren, wie viele Tausende an Mehrwert jene erarbeitet haben, die durch unzureichende Löhne dem Hunger oder der Prostitution in die Arme getrieben werden.

Ein Streifzug durch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Industriebezirk Mannheim.

Mannheim, die in mächtiger Entwicklung begriffene Industrie- und Handelsstadt, die in diesem Jahre im Zeichen des Jubiläumsjahres (100-jähriges Bestehen als Stadt), der Gartenbauausstellung und zahlreicher hier tagender Kongresse steht, birgt eine große Anzahl von industriellen Betrieben, welche für unsere Organisation in Betracht kommen.

Bei dem Jubiläumsummel wird man wahrscheinlich die Verhältnisse der registrierten, sowie der bestehenden Klasse in die Entwicklung der Stadt Mannheim in übersichtlichen Worten präzisieren, es man auch die großen Verdienste der Arbeiterklasse, die zum Aufblühen der Stadt Mannheim sehr viel beigetragen hat, würdigen wird, ist fraglich. Jedenfalls ist die Lage der Arbeiterklasse in Mannheim keine rosig. So mancher Kollege, der hierher gekommen ist, um lehnende Arbeit zu finden, wird eine gewaltige Enttäuschung erlebt haben.

Der allem ist es die feine chemische Industrie, die in Bezug auf die Ausbeutung ihrer Arbeiterklassen das meißtens mögliche tut. Aus einer Reihe von Kleinbetrieben kommen 6 Großbetriebe mit 500 Arbeitern und Arbeiterinnen in Betracht. Mit Ausnahme der Zellulosefabrik Waldhof, wo durch tarifliche Vereinbarungen entsprechende angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen sind, liegen die Zustände überall als traurig bezeichnet werden können. Es ist geradezu als ungeheuerlich bezeichnet, daß Betriebe vorhanden sind, wo bei langer, die Gesundheit aufs schwerste schädigender Arbeit noch Löhne von 2,50, 2,80 bis 3,00 Mk. zu verzeichnen sind. Doch auch die Vergütung sehr viel zu wünschen übrig läßt, ist für diese schmerzhaft. Auch in Bezug auf die Abschaffung von Nachtarbeit liegt noch ein reichliches Feld zur Verbesserung offen.

Die Schiffsbauindustrie ist die in Mannheim am weitesten entwickelte Industriebranche. Von 20 Projekten sind zum Teil bereits in Ausführung.

Die Schiffsbauindustrie ist die in Mannheim am weitesten entwickelte Industriebranche. Von 20 Projekten sind zum Teil bereits in Ausführung. Die Schiffsbauindustrie ist die in Mannheim am weitesten entwickelte Industriebranche. Von 20 Projekten sind zum Teil bereits in Ausführung.

Die Schiffsbauindustrie ist die in Mannheim am weitesten entwickelte Industriebranche. Von 20 Projekten sind zum Teil bereits in Ausführung. Die Schiffsbauindustrie ist die in Mannheim am weitesten entwickelte Industriebranche. Von 20 Projekten sind zum Teil bereits in Ausführung.

Die Schiffsbauindustrie ist die in Mannheim am weitesten entwickelte Industriebranche. Von 20 Projekten sind zum Teil bereits in Ausführung. Die Schiffsbauindustrie ist die in Mannheim am weitesten entwickelte Industriebranche. Von 20 Projekten sind zum Teil bereits in Ausführung.

Im Interesse des Verbandes zu leisten. Ist erklärlich, Schuld daran tragen diejenigen Kollegen, welche der Verschmelzung derjenigen Zahlstellen, welche mit Mannheim ein einheitliches Tarifgebiet darstellen, entgegenarbeiten und so die Beschlässe unserer höchsten Instanz mißachten. Hoffentlich sehen die Kollegen die Vorteile, die eine Verschmelzung mit Mannheim mit sich bringt, bald ein, damit unsere Organisation im Mannheimer Industriebezirk jederzeit schlagfertig ist.

Unsere Kollegen werden nun gut daran tun, allerkühnsten mit einer intensiven Agitation zur Ausbreitung unseres Verbandes einzusetzen. Ein reichliches Feld liegt für uns zur Bearbeitung noch offen. Die jeder Kollege seine Pflicht und Schuttpflicht, damit wir Mannheim eine der stärksten Zahlstellen in unserem Verbands werden. Joh. Forthuber.

Zweifelsfragen aus dem Gebiet der Arbeiterversicherung.

Alters- und Invalidenversicherung.

1. Ist ein Versicherter erkrankt, daß Invalidität zu befürchten ist, so ist die Versicherungsanstalt befugt, zur Abwendung derselben den Versicherten in eine Heilanstalt (Krankenheilstätte etc.) unterzubringen. Die Kosten des ärztlichen Aufwandes bei Uebernahme des Heilverfahrens muß die Versicherungsanstalt tragen; von dem Versicherten kann der Arzt die Kosten nicht verlangen.

2. Entwertung der Beitragsmarken durch Kochung in Form von Buchstaben ist unzulässig.

3. Die Weiterversicherung gegen Invalidität kann auch im Gegenseitig zur Krankenversicherung — im Auslande erfolgen.

4. Das Recht auf Altersrente ruht bei einem Unfallrentner so lange und soweit beide Renten zusammen den 7/8fachen Grundbetrag der Invalidität übersteigen.

5. Der Anspruch auf Invaliden- oder Altersrente ist bei der für den Wohnort oder Beschäftigungsort des Versicherten zuständigen unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat etc.) oder Rentenstellen geltend zu machen.

Als Beweismittel sind diesem Antrage beizufügen: Die letzte Quittungskarte, die Aufrechnungsbescheinigungen über die umgetauschten Quittungskarten, etwaige Bescheinigungen über Krankheit und militärische Dienstleistungen. Bei dem Antrage auf Altersrente ist außerdem noch die Geburtsurkunde beizubringen.

6. Die Anrechnung von zu entrichtenden, aber noch nicht entrichteten Beiträgen bei Feststellung der Renten ist unstatthaft. Es ist jedoch dem Versicherten gestattet, in Fällen, in denen der Arbeitgeber die Beitragszahlung der Marken verweigert, oder unterläßt, dieselben seinerseits zu beschaffen und in die Quittungskarte einzulegen.

Unfallversicherung.

H. M., Elmshorn. Anfrage: Ein betriebsfremder Arbeiter wird bei Ausübung seines Berufes von einer Rangiermaschine angefahren und erleidet einen Bruch des Schultergelenkes. Zunächst sorgen für den Verletzten die Krankenkasse und die Berufsgenossenschaft. Auf seinen Antrag zahlt auch die Eisenbahn dem Verletzten die Differenz zu seinem Lohne und überweist ihn nach Begutachtung durch einen Eisenbahnarzt einem Bandernstitut. Sie trägt die Verpflegungskosten und zahlt der Familie des Verletzten 1 Mark pro Tag weniger.

Es fragt sich nun, ob der Verletzte, wenn er als erwerbsunfähig oder als erwerbsbeschränkt aus dem Bandernstitut entlassen wird und von der Berufsgenossenschaft eine Rente erhält, darüber hinaus die Eisenbahnverwaltung für den noch weiter vorhandenen Schaden ersatzpflichtig machen kann?

Antwort: Ja, insoweit, als der Schaden durch die Unfallrente nicht gedeckt ist. Der Anspruch ist geltend zu machen nach § 2 des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 und nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Voraussetzung ist immer, daß auf Seiten der Eisenbahn ein Verschulden liegt. In vorliegendem Falle ist das ja aber gar nicht mehr fraglich, da die Eisenbahn selbst ohne Frage ihre Verpflichtung zur Zahlung anerkannt hat. Eine Klage hätte also Aussicht auf Erfolg.

Nach unserer Information lassen die Berufsgenossenschaften die Sache anders auf. Sie sind der Ansicht, daß sie nur für ihre Aufwendungen Ersatz zu beanspruchen haben. Das ist jedoch falsch. Die Bahn hat die Verpflichtung, event. noch dem Rentner Unterstützung zuzusprechen. Sie muß eben den ganzen Schaden bezahlen.

Aus den Ziegeleien.

Die Verhältnisse in den Ziegeleien stehen auf einem Niveau, auf das sie nur durch eine beispiellose Vethargie der Arbeiterklasse gebracht werden können. Daß dieselben aber einer Besserung entgegengeführt werden können, sobald sich die Ziegler ihrer Menschenwürde erinnern und sich der Organisation anschließen, das beweist folgende Zusammenstellung von 11 Ziegeleien aus dem Gau 7. In diesen 11 Ziegeleien, die sich aus 10 Dampf- und einer Feldziegelei zusammensetzen, sind 2457 Personen beschäftigt, darunter 1566 jugendliche Arbeiter und 238 Arbeiterinnen. Die Arbeitszeit beträgt in 9 Betrieben 10, in einem Betriebe 11 Stunden, und in der Feldziegelei — der Stätte der modernen Sklaverei — wird dieselbe nur durch Sonnenauf- und Untergang begrenzt. Der Lohn für Ziegler bewegt sich zwischen 1,80—3,80 Mk. pro Tag, für Arbeiterinnen 1,00 bis 1,70 Mk., und für jugendliche Arbeiter 0,80—1,70 Mk. Von den 2457 Beschäftigten sind 324 organisiert.

In dieser kleinen Zusammenstellung fallen uns drei Punkte auf: 1. die verhältnismäßig große Zahl von jugendlichen Arbeitern, 2. die große Differenz zwischen Mindest- und Höchstlohn, und 3. die geringe Zahl der Organisierten. Die große Zahl der jugendlichen Arbeiter, die ebenso wie die Arbeiterinnen bis auf wenige in Betrieben beschäftigt werden, in denen die Organisation noch gar keinen oder doch nur wenig Fuß gefaßt hat, ist in erster Linie auf die Pflanzerei der Ziegeleibesitzer zurückzuführen, die in den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen eine ebenso willfährige, wie billige Arbeitskraft finden. Ein weiterer Grund ist in dem geringen Lohn der erwachsenen Ziegler zu suchen, der sie geradezu zwingt, ihre Kinder der Ausbeutung auszuliefern. Aber gerade in den Betrieben, in denen die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in ärmlicher Mitleidenschaft liegt, sind die Löhne der Erwachsenen am niedrigsten und ist die Organisation am schwächsten. So sind in jedem Betriebe die Organisationsverhältnisse ein getreues Spiegelbild der dort herrschenden Zustände. Während in den Ziegeleien, in denen die Organisation noch nicht vertreten ist, die Verhältnisse immer weiter um sich greifen, bis sie schließlich die ganze Familie umfassen, ist den Ziegeleien, in denen die Ziegler organisiert sind, durch die Organisation der Ausbeutung eine Grenze gesetzt und eine Besserung der Verhältnisse, wenn auch nur in geringem Maße, erzielt worden.

Der große Unterschied zwischen Mindest- und Höchstlohn erklärt sich wieder aus den Organisationsverhältnissen der einzelnen Betriebe. Dort wo die Ziegler zu einem hohen Prozentsatz organisiert sind, und das läßt sich von den ange-

fährten 11 Betrieben nur von 5 sagen, ist der Lohn bedeutend höher, nämlich 3,20—3,80 Mk., als in den übrigen 6 Betrieben, in denen die Ziegler der Organisation noch fern stehen, wo er nur 1,80—3,00 Mk. beträgt. Obwohl bei 10stündiger Arbeitszeit ein Lohn von 3,80 Mk. noch in gar keinem Verhältnis steht zu der schweren Arbeit der Ziegler, so läßt die vorstehende Zusammenstellung doch deutlich die gegenwärtige Wirkung der Organisation erkennen. So sehen wir auf der einen Seite eine gut organisierte, aufwärtsstrebende Arbeiterschaft, die sich Position um Position zur Besserung ihrer Lage erringt, auf der anderen Seite Gleichgültigkeit, Mutlosigkeit, niedrigen Lohn, Frauen- und Kinderausbeutung in Folge. Für jeden denkenden Ziegler kann es angefaßt dieser Tatsachen nicht schwer sein, den richtigen Weg zu finden, der ihn aus seinem Elend führt. Für ihn kann nur die Lösung gelten: Hinein in die Organisation!

Stolz. Wir haben uns schon verschiedene Male mit der Ziegelei Westphal zu Stolp beschäftigt und können nicht umhin, es auch diesmal wieder zu tun. Welche Zustände in dieser Ziegelei bestehen, ergab eine der letzten Gewerbegerichtsverhandlungen zu Stolp. Ein Kollege, der in der Zementsteinfabrik beschäftigt war, wurde von Meister Pein beauftragt, Schnee zu schippen. Der Kollege, der diese Arbeit auszuführen nicht verpflichtet war, verweigerte dieselbe und wurde entlassen. Zu dem Termin der nun am Gewerbegericht anhängig gemachten Klage erschien als Vertreter des Herrn Westphal der Meister Pein. (Der Herr Mitmeister Westphal hielt es wohl unter seiner Würde, mit dem Plebs vor die Schranken des Gewerbegerichts zu treten. Aber die Früchte des Arbeiterschweiges einzujammern, darf nicht hindern ihn seine Würde nicht.) Der Gewerbegerichtsvorsitzende machte einen Vergleichsvorschlag, da sich unser Kollege ins Unrecht gesetzt, indem er den Meister nicht darauf aufmerksam gemacht habe, daß er diese Arbeit nicht zu verrichten brauche. Der Meister Pein lehnte jedoch jeden Vergleich ab, da er der Meinung war, der Kollege hätte jede Arbeit zu verrichten. Es könne ihm doch niemand zumuten, daß er oder gar Herr Westphal Schnee schippen sollten. Der Vorsitzende beehrte ihn jedoch, daß das Schneeschippen Sache der Gosarbeiter ist. Nun konnte sich Meister Pein erst entschließen, den Vergleich einzugehen. Der Versuch, noch etwas von der Vergleichssumme abzuhandeln, wurde von unserem Kollegen, ebenso auch dem Vorsitzenden, abgewiesen. Als anderen Tags die Frau des Kollegen das Geld holen wollte, konnten es sich die Kontorherren nicht verneinen, doch etwas abzugeben. Erst das energische Auftreten der Frau veranlaßte die Herren, die vereinbarte Summe herauszugeben. Die Gewerbegerichtsverhandlung, die mit einer moralischen Niederlage der Firma Westphal endete, forderte aber auch eigenartige Praktiken der Firma zutage, die selbst dem Vorsitzenden auffielen. So werden den Arbeitern — die die Zementsteine herstellen, von je 1000 Steinen 5 Steine abgezogen, welche angeblich beim Abkräften zerbrechen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum die zerbrochenen Steine nicht den Arbeitern abgezogen werden, die sie zerbrechen, erwiderte der Meister: Man könne jenen Leuten nichts mehr abziehen, denn ihr Verdienst sei ja so wenig schon gering. Der Meister hat hier offenbar eine Wahrheit gesagt, die nicht gerade im Interesse der Firma liegen dürfte. Er hat damit etwas zugestanden, das sonst bei jeder Gelegenheit abgestritten wird. Die Kollegen bei der Firma Westphal sollten sich dieses Geständnis tief ins Gedächtnis prägen und die richtige Lehre daraus ziehen.

Unsere Kollegen werden sich noch erinnern, daß wir mehrere Mißstände vom oben genannten Betriebe der Ködliner Gewerbeinspektion mitteilten. Nach einiger Zeit bekamen wir ja dann ein Schreiben vom Ködliner Gewerbeamt, wonach der Herr zum Teil entsetzt unsere Beschwerden gegen einen Betrieb zurückwies. Remotiv an der ganzen Sache ist nun, daß der Meister Pein einige seiner Arbeiter anwies, die Plätze zu räumen, weil der Gewerbeamt kam. Und richtig, nach einigen Stunden kam dann der gute Mann mit — Herrn Westphal im Schlitzen zusammen angefahren und fuhr per Schlitzen mit Herrn Westphal zusammen fort. Daß man zu einem solchen Gewerbeamt kein Vertrauen mehr haben kann, ist wohl selbstverständlich.

Nach der Revision hielt Herr Westphal eine Rede an „seine“ Arbeiter, in welcher er weidlich über uns schnappte, und zum Schluß meinte: „Wenn ihr (die Arbeiter) in einen Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eintreten wollt, dann gebe ich auch etwas her.“ Wenn Herr Westphal etwas „hergeben“ will, so würden wir ihm empfehlen, bei den Arbeitern seines Betriebes den Anfang zu machen, deren Lage ja nach dem Eingeständnis des Meisters Pein sehr besserungsbedürftig ist. Ferner wäre es auch sehr nett von ihm, wenn er das Mißlo der Produktion selbst tragen würde, anstatt es seinen Arbeitern aufzuhalsen, wie das durch den Abzug von Bruch geschieht. Denn derjenige, der den Profit einstreicht, hat auch das Mißlo zu tragen. Wenn dann die Freigebigkeit des Herrn Westphal noch nicht erschöpft sein sollte, dann bleibt es ihm immer noch unbenommen, den Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu unterstützen. Unser Gesandte dürfte das nicht sein.

Kundschau.

Der Arbeitsmarkt im Monat Februar ist nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ als günstig zu bezeichnen. Die Beschäftigungsziffer bei den an das kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankentassen war am 1. März um 52 127 Personen höher als am 1. Februar d. J. Aus den Berichten der einzelnen Industrien heben wir nachstehendes hervor:

Die chemische Großindustrie war wie im Januar im allgemeinen gut beschäftigt. Arbeitszeit und Arbeitsverhältnis waren normal. Die Farbenfabriken waren im Berichtsmonat hinreichend beschäftigt. Vereinzelt herrschte Arbeitermangel. Aus den Betrieben, die anorganische Produkte, organische Säuren, Gelatine, Glyzerin herstellen, wird im allgemeinen ein betrieblicher Geschäftsgang berichtet. Arbeitermangel wird besonders aus einem Oberfelder Betrieb gemeldet. In der Glycerinfabrikation war hingegen dem Bericht zufolge der Geschäftsgang recht schwach. Die Extraktindustrie hatte recht gut zu tun. Die Fabriken für chemische, technische und pharmazeutische Präparate waren im wesentlichen recht gut beschäftigt. Teilweise herrschte Arbeitermangel. Aus zwei großen Betrieben Süddeutschlands werden Lohnhöhungen gemeldet.

Die Kieselguhrindustrie war andauernd gut beschäftigt.

Die Bleiprodukten- und Zinkweißfabrikation hatte nach dem vorliegenden Bericht noch Mangel an Aufträgen. In den Dortmunder und Stolberger Zink- und Bleihütten war der Geschäftsgang normal. Auch hier wird über Arbeitermangel geflagt.

Die Papierfabrikation war den Berichten zufolge reichlich beschäftigt; besonders aus Sachsen wird vielfach Arbeitermangel gemeldet. Hier liegen auch stellenweise die Löhne.

Christliche Volkstater und Verleumdung. Die Verleger der „Münchener Zeitung“ und der „Bayrischen Zeitung“ haben mit unserer Organisation Tarif-

verträge abgeschlossen, in denen sie sich verpflichten, nur Mitglieder unserer Organisation als Zeittreuer zu beschäftigen. Das hat die christlichen Brüder, die gerne im Trüben fischen wollten, in die Wolle gebracht und die „Gewerkschaftsstimme“ fordert ihre weniger Schafflein auf, nunmehr keine der beiden Parteien zu lesen. Selbstverständlich wird diese Wanzentaktik den Christlichen nichts nützen, sie illustriert aber recht drastisch die großsprecherische Behauptung, daß in München der Einfluß der christlichen Gewerkschaften im Steigen sei. Wo sie als Verräter an der Arbeiterfrage auftreten, werden sie von den Unternehmern benützt, sobald man sie aber als solche nicht mehr braucht, werden sie achlos beiseite geschoben. Darüber können auch die großsprecherischen Tiraden in der „Gewerkschaftsstimme“ nicht hinwegtäuschen und der kindische Doppeltversuch wird daran nichts ändern.

Verleumdungen gegen die freien Gewerkschaften verbreitet die christliche Presse mit Feuerifer. Eine der größten und insamsten war die Behauptung, daß „sozialdemokratische Gewerkschaftler“ die Gerüststangen an einem Neubau in Ingolstadt zerschneiden hätten, um die Christlichen, die auf dem Gerüst arbeiteten, in die Tiefe zu befördern. Am eifrigsten in der Verbreitung dieses Gerüchtes war die christliche „Gewerkschaftsstimme“. Noch vor wenigen Wochen, als das Gerüst längst widerlegt war durch die einfache Tatsache, daß in ganz Ingolstadt niemand etwas von zerschneitenen Gerüststangen wußte, hatte das Blatt die Stirn, die Lüge von neuem aufzuküßeln und die gerichtliche Befähigung in Aussicht zu stellen. Es kam aber anders. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Ingolstadt mußte sich der der Verleumdung angeklagte Redakteur und Verleger der „Ingolstädter Zeitung“, August Baumer, nachdem ihm die Unhaltbarkeit seiner Anschuldigung zweifellos nachgewiesen war, zu folgendem Vergleich bequemen: „Redakteur Baumer nimmt die aufgestellten Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, übernimmt sämtliche Kosten des Verfahrens, einschließlich der den Privatklägern erwachsenen Auslagen, sowie der durch die Publikation dieses Vergleiches in den beiden hiesigen Tagesblättern erwachsenden Kosten.“ Die beleidigten Mitglieder des Maurerverbandes, denen es nur um die Aufhellung des Sachverhaltes, nicht aber um die Bestrafung der Missetäter zu tun war, zogen hierauf ihren Strafentwurf zurück.

So wie es dem Ingolstädter Zentrumsredakteur erging, ist es in letzter Woche drei anderen Christenführern in Köln und in Essen ergangen, die sozialdemokratische Gewerkschaftsführer verleumdet hatten und jetzt, vor Gericht zitiert, sich nur durch Abgabe von Ehrenerklärungen für ihre sozialdemokratischen Gegner vor Strafe wegen Verleumdung retten konnten. Man denke, vier Ehrenerklärungen christlicher Gewerkschaftsführer zugunsten von ihnen verleumdeter sozialdemokratischer Gewerkschaftler in einer Woche: das zeigt uns am besten den moralischen Tiefstand der Christlichen.

Die Verhandlung in Ingolstadt zeigte aber auch den geistigen Tiefstand der Christlichen, die nicht einmal über die Ziele ihrer eigenen Organisation informiert sind. Als nämlich der Vorsitzende des Hauptzuges fragte, welches die Bestrebungen des „christlichen“ Maurerverbandes seien, erklärte derselbe: „Das was i nö!“ Diese mangelnde Intelligenz eines großen Teils der Arbeiter, die sich von den „Christlichen“ einfangen lassen, ist übrigens ein Glück für die Führer der Bewegung. Geistig regsame Mitglieder lassen sich nicht zu Verrätern an ihren eigenen Klassengenossen gebrauchen.

— Neue Unternehmerorganisation. Die Tapetenfabriken haben sich, wie der „R. Ztg.“ geschrieben wird, zu einem einheitlichen Verbande zusammengeschlossen, der den Zweck hat, die Gründung einer Aktiengesellschaft, der alle deutschen Tapetenfabriken angeschlossen werden sollen, vorzubereiten. Die nötigen Mittel zur Durchführung dieses Planes seien bereits sichergestellt. Der neue Verband hat bereits Bestimmungen über die Einschränkung der Produktion und den Abschluß von Lieferungsverträgen erlassen.

Wunderbar einfaches Rezept! Wenn die Abnehmer die diktierten Preise nicht bezahlen wollen, wird die Produktion eingeschränkt. Wenn aber die Arbeiter, um eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft zu erlangen, die Arbeit einstellen und dadurch eine Einschränkung der Produktion herbeiführen, so ist das „Schädigung des Nationalvermögens“ und die kapitalistischen Prektrabanten suchen die Gesetzgebung mobil zu machen. Hoffentlich ziehen die Arbeiter der Tapetenfabriken aus dem Zusammenstoß der Unternehmer die richtige Lehre.

— Arbeiterfreundlichkeit. Der Gemeindegewerkschaftsverband richtete an den Stadtmagistrat Schweinfurt das Gesuch, die Löhne der Bauamtsarbeiter und „vollkräftigen“ Straßenkehrer aufzubessern. In der Sitzung des liberalen Magistrats, die sich mit dieser Sache befaßte, meinte ein liberaler Vongez: „Es gibt vollkräftige Arbeiter, die aber nicht vollkräftig arbeiten, sondern nur vollkräftig faulen.“ Der Magistrat entschied dahin, daß er sich mit dem Gemeindegewerkschaftsverband in keine Unterhandlungen einlassen, sondern einige Arbeiter auswählen und mit diesen die Sache besprechen wolle.

Wir möchten dazu bemerken, daß die Zahl der „vollkräftigen“ Unternehmer, die nicht vollkräftig arbeiten, aber vollkräftig faulen, verhältnismäßig sehr viel höher ist wie die Zahl der Arbeiter. Bessere sind seltener vollkräftig und haben kein Geld zum Verfaulen, wenn sie nicht arbeiten, die Unternehmer aber können event. das Geld anderer Leute hierfür verwenden.

Ein profituhungriger Landwirt ist zweifellos der Gußbeißer von Hymen, der in der Generalversammlung der Firma Hehe A.-G. Glasfabrik Gerresheim verlangte, daß die Direktion keine Lohn-erhöhungen mehr vornehmen solle, weil sonst die Landwirtschaft darunter leide, welche ähnlich hohe Löhne nicht zahlen könne und somit keine Arbeiter erhalte. Auch sollte die

Vertriebsleitung billiger fremde Arbeiter einstellen. Die Direktion erklärte aber, daß sie die Lohn-erhöhungen habe vornehmen müssen, weil sie zu den bisherigen Löhnen keine geschickten Glasmacher mehr erhalten konnte. Hätte die Verwaltung die Lohn-erhöhung nicht vorgenommen, wäre die Ausschüttung einer 15prozentigen Dividende nicht möglich gewesen. Jedenfalls werden die 15 Prozent den edlen Doppelpunkt über eine eventuelle Mehrausgabe in der Landwirtschaft hinwegtröpfen.

— Die Konferenz zur Förderung der Arbeiterinteressen. Eine ganze Anzahl bürgerlicher Frauen Gelegenheit gegeben, ihr warmes Herz und ihre soziale Einsicht einer größeren Öffentlichkeit zu zeigen. Die Konferenz verlangte in einer Resolution „Kürzung der Arbeitszeit“, lehnte aber einen Antrag, der die schrittweise Einführung des Achtstundentages verlangte, glatt ab.

Die Sicherung der Koalitionsfreiheit wird ebenfalls verlangt, abgelehnt wurde aber der Antrag, diese Forderung auch für die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiterinnen und für die Dienstmädchen zu erheben. Da letztere fast die einzigen Arbeiterinnen sind, mit denen die Konferenzteilnehmerinnen in Verbindung kommen, so berührt diese Ablehnung recht eigenartig. Sie erinnert an die bekannten Willkürdamen, die für die armen schwarzen Seidenrinder Sträuße stricken, die Kinder ihrer nächsten Nachbarn aber freier lassen. Ich weiß von einem Versteht im Karpensteiche zu spielen, hatte aber herzlich wenig Erfolg damit. Beunruhigt und bedauert wurde, daß die freien Gewerkschaften dieser Klasse keinen Sozialpolitik so wenig Aufmerksamkeit schenken. Dr. A. G. Hamburg erklärte sehr richtig, daß von einer so großen Macht wie die freien Gewerkschaften nicht erwartet werden könne, daß sie sich von einer kleinen Gruppe von Leuten ins Schlepptau nehmen ließen. Ein Viertel Duzend päpstlicher Resolutionen geben der Mit- und Nachwelt Kunde von dem Reformeifer bürgerlicher Frauenrechtlerinnen.

— Ein Gewerbe-Inspektor über die Gewerkschaften. Während die preussischen und vor allen die sächsischen Fabrikinspektoren es ängstlich vermeiden, in ihren Berichten der Gewerkschaftsbewegung den ihnen gebührenden Platz einzuräumen, aus Angst, bei den Unternehmern oder vorgelegten Behörden anzustoßen, urteilen die sächsischen Inspektoren wesentlich freier. Besonders wertvoll ist jedenfalls eine Stelle im württembergischen Fabrikinspektorenbericht, in welcher der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation wie folgt geschildert wird:

„Die hohe Anhänglichkeit der Arbeiter an ihre Gewerkschaftsorganisation beruht auf der durch eine lange Reihe von Tatsachen gewonnenen Ueberzeugung, daß bei der heutigen Konzentration der wirtschaftlichen Machtmittel die Gewerkschaft insstande sei, den Arbeiter vor einer zu weit gehenden sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu schützen. Die Leistungen, welche die Gewerkschaften den Arbeitern zu bieten bestrebt sind, sind sehr vielseitig, zunächst auf geistig-sittlichem Gebiet: Schaffung und Erweiterung von Bildungsgelegenheiten durch Arbeiterbibliotheken, Arbeiterlesesäle, Vorträge über allgemein bildende Gegenstände, Fachkurse zur beruflichen Weiterbildung, Ausgleichung der Fehler einer vernachlässigten Lehrlingsausbildung; sodann in wirtschaftlicher Hinsicht: Verbesserung und Sicherung der Lohnverhältnisse durch Abschluß fester Tarifverträge, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, wenn sie infolge von Konjunkturveränderungen oder technischen Umwälzungen, sowie bei Streiks und Aussperrungen eintritt, unentgeltliche Beratung durch die Arbeitersekretariate und kostlose Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, Gründung von Konsumvereinen zur Verbilligung des Einkaufs bezw. Veräußerung von Preisausschlägen (letzteres wurde z. B. in Wierach 1903 und 1905 und auch andernorts schon erzielt). Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung wird durch die gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter wesentlich vorbereitet und gefördert, und in den Vorständen der Krankenkassen, in den Schiedsgerichten, in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten sitzen organisierte Arbeiter, deren Sachkenntnis bei Verhandlungen wesentlich ins Gewicht kommt, wie umgekehrt auch sie selbst in sachlicher Behandlung der einschlägigen Fragen sich betätigen und dadurch lernen können. Der erzieherische und bildende Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter wurde von den Unternehmern vielfach übersehen oder nicht zugestanden, obwohl gerade diese Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit, durch welche die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter sehr gehoben und gefördert wird, auch den Unternehmern selbst zugute kommt.“

Natürlich hat auch die „Arbeitgeber-Zeitung“ die Stelle aufgegriffen und heßt nun in ohnmächtiger Wut gegen den Beamten, der es gewagt hat, seiner Meinung ohne Rücksicht auf die scharfmacherischen Unternehmer Ausdruck zu geben. Den Lügenfabrikanten des Reichsverbandes wäre das Studium obiger Äußerung ganz besonders zu empfehlen.

— Unternehmerrückfälle in der ober-sächsischen Zementindustrie. Unter sehr schlechten Löhnen die Oppelner Zement-Aktionäre zu arbeiten haben, das beweisen die jetzt herausgegebenen Jahresberichte der Oppelner resp. Großschöninger Portland-Zementfabriken. Danach wurden von der Zementfabrik Grundmann, Akt.-Ges., in Oppeln 15 1/2 Prozent Dividende gezahlt bei 65000 Mk. Lantime für den Aufsichtsrat und reichlichen Abschreibungen. In der Zementfabrik Mendorf, A.-G., 16 Prozent bei reichlichen Abschreibungen, die Portland-Zementfabriken, Akt.-Ges., 14 Prozent bei geradezu staunenden Abschreibungen für Erweiterungsbauten und hoher Lantime für die vielgeplagten Aufsichtsräte. Die Großschöninger Zementfabriken zahlten im Vorjahre 14, im neuen Jahre 16 Prozent Dividende. Nun müßte man meinen, daß die Arbeiter für ihre gesundheits-schädliche, schwere Arbeit ebenfalls gute Löhne erhielten. Weit gefehlt! Stundenlöhne von 15 bis 18 Pf., das sind Löhne, welche in den meisten Fabriken gezahlt werden, Ueberstunden müssen ohne jeden Preisausschlag verrichtet werden, überhaupt wird über die große Antreiber der kapitalistischen Unteroffiziere sehr geklagt. Daß aber auch die Oppelner Arbeiter-schaft über ihre schlechte, ja man kann sagen tierische Lage nicht aufgeklärt werden kann, dafür sorgen die Herren Unternehmer. Eine Versammlung abzuhalten, ist einfach unmöglich, die Herren Unternehmer verstehen es im Verein mit ihren Verbänden, und jedes Lokal abzurufen. Ja, man verachtet den Arbeiter, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, ebenso den Versammlungsbesuch, jeder, der gegen das Verbot verstößt, soll entlassen werden. Kein Wunder, daß dann immer symptomatischer Arbeitermangel herrscht. In allen Disziplinen der ober-sächsischen Industrie läßt man: Tätige, kräftige und gesunde Leute für die Oppelner Zementfabriken gesucht bei höchsten Löhnen und lauterster Beschäftigung. Welch blutiger Spott, unter den heutigen Lebensmittelpreisen und den auch in Oppeln ganz erheblich gestiegenen Wohnungsmieten von „höchsten Löhnen“ zu reden, wenn der Arbeiter die ganze Woche hindurch unter Anspannung aller Kräfte 11-13 Mk. verdient. Abgesehen von den sonstigen Entbehrungen, die sich die Arbeiter auferlegen müssen, ist die Zahl der Entlassungen äußerst hoch. Fast überall tritt die sog. Zementkrage auf, und so mancher ein Teil des Verdienstes wieder in die Kasse für Salben usw. Die schlechte Ventilation in den Betrieben zwingt die Arbeiter wiederum, den feinen Zementstaub einzatmen, und dies hat zur Folge, daß mehr für geistige Getränke ausgegeben wird, als die Arbeiter anderer Industriezweige ausgeben. Auch treten durch das Einatmen des Zementstaubes andere Krankheiten, Appetitlosigkeit, Magenbeschwerden und Schwindel auf. Es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn in jenen Proletarierfamilien das größte Elend herrscht und Schmalhans häufig Krüppelchen ist. Als nun unsere Organisation die Leute durch Besprechungen auf den Wert der Organisation aufmerksam machen wollte, da wars

es die heilige Dreieinigkeit: Volkset, Pfaffen und Unternehmern, die alle Mittel anwandten, um das Platzgreifen der Organisation zu verhindern. Warum? Weil man auch eben hier dem Grundgesetz: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben“, oder besser gesagt: „Das Volk muß in der Dummheit erhalten werden“, huldigt. Die Herren Aktionäre wissen auch ganz genau, daß, wenn die Arbeiter erst denken lernt, dann vielleicht auch die letzten Pfanden etwas geschmälert werden könnten.

Eins der beliebtesten Kampfmittel unserer Gegner in Ober-sachsen ist die Behauptung, wir seien sozialdemokratische Vereine, wir glauben an keinen Gott und wollen keine Kirche. Diese Behauptung ist erlogen. Unser Statut bestimmt ausdrücklich, daß wir weder religiöse noch politische Zwecke verfolgen. Wir fragen keinen unserer Kollegen, welcher politischen Richtung er angehört, oder welchen Glauben er hat, wir schließen uns zusammen, um uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen und lassen in politischer wie religiöser Hinsicht jeden nach seinem Glauben selb-berurteilen.

Nun, trotz aller Schlänen hat unsere Organisation Wurzel in Oppeln gefaßt, an auch Zementarbeitern wird es nun liegen, durch Eintritt in den Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands eure Lage zu verbessern und durch eine feste und feste Organisation das zu erringen, was euch Jahrzehnte lang vorenthalten wurde, nämlich einen Lohn, der zum Leben und zur Ernährung einer Familie ausreichend ist. Aufnahmen nehmen jederzeit Maurer, Mauerer und Zimmerer Joh. Krosch, Kreutzer 14, parterre, entgegen, auch Sonntags Reichstr. 33.

Zementarbeiter von Oppeln und Großschönitz, eure Parole muß jetzt sein: Hinein in den Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, damit es besser werde!
Fr. Jo.

Vom sozialen Kampfplatze.

— Barth a. d. Oeffe. Mit der Aussperrung der Arbeiter in der hiesigen Zuderfabrik beschäftigte sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 26. März. Kollege Hefenhäuter-Stettin geißelte scharf das Gebahren der Firma, wie auch der Polizei, die, wie gewöhnlich, zugunsten der Unternehmer in den Kampf eingegriffen hat. Er kritisierte auch die „nationalen“ Unternehmer, die nicht genug über die „vaterlandslosen internationalen Sozialdemokraten“ schimpfen können und hier Ausländer in Menge herholen, um den heimischen Arbeiter besser unterdrücken und ausbeuten zu können. Zurzeit ist die Direktion dabei, durch den Bau von zwanzig Arbeiterwohnungen eine neue Fessel für die heftigsten Arbeiter zu schmieden. Die Versammlung beschloß noch, die Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten und wählte zu diesem Zwecke eine Kommission.

— Goswig (Anhalt). In der Anhaltisch-Baifälischen Sprengstoff-Fabrik endete die Lohnbewegung unserer Kollegen mit Abschluß des nachstehenden Tarifvertrages:

A. Zeitlöhne für vollwertige Arbeiter.

| | Vereinbarter Lohn | Alter Lohn |
|---|-------------------|------------|
| | | pro Stunde |
| Anfangslohn | 30 Pf. | 25-30 Pf. |
| Nach 3 Monaten | 32 " | 27-30 " |
| Nach 6 Monaten | 34 " | 30-32 " |
| Salpetersäurefabrik: | | |
| Feuerleute | 37 " | 35 " |
| Verfasser | 36 " | 34 " |
| Für Salpeterarbeiten wird der übliche Stundenlohn nebst 2 Stunden Zuschlag bezahlt. | | |
| Sulfatofen: | | |
| Pro 100 Kilo Sulfat 10 Pf., bei einem Höchstverbrauch von täglich 5000 Kilo Kohlen 30 Pf. Zuschlag pro Tag. | | |
| Glycerindestillation: | 37 " | 36 " |
| Nachts eine Stunde Zuschlag. | | |
| Vorarbeiter | 40 " | 39 " |
| Wahren der Apparate | 40 " | 24-32 " |
| Kesselheizer | 35 " | 35 " |
| Maschinisten | 35 " | 32 " |
| Für Kesselheizer und Maschinisten werden nachts 11 Stunden bezahlt. | | |

B. Vorkordlöhne.

| | | |
|--|-------|-------|
| Sulfat verladen pro 10 000 Kilo | 3 Mk. | 3 Mk. |
| Kohlen auswerfen „ „ am Sulfat- | | |
| Ofen | 2 | 1,50 |
| Kohlen karren am Dampfseffel 10 000 Kilo | 1,70 | 1,50 |

C. Ueberstunden

werden mit 5 Pf. Zuschlag und Sonntagsarbeit mit 10 Pf. Zuschlag pro Stunde bezahlt.

D. Allgemeines.

Die Arbeiter an den Sulfatöfen, an der Salpetersäure und in der Salpetersäure-Fabrik erhalten jährlich einen Anzug. Dieser Anzug ist Eigentum des Inhabers, solange derselbe in der Fabrik beschäftigt ist. Beim Austritt aus der Arbeit ist der Anzug abzuliefern.

Vorgenannte Lohnsätze treten am 1. April in Kraft. Dieselben sind von unbestimmter Dauer und können von jedem Beteiligten zu jeder Zeit geändert werden.

Folgen die Unterschritten.

Machschrift der Redaktion: Wenn der „Vertrag“ zu jeder Zeit von jedem Beteiligten geändert werden kann, so ist es eben kein Vertrag. Das Wesen eines Tarifvertrages besteht doch wohl darin, das Arbeitsverhältnis auf einen bestimmten Zeitraum im voraus zu regeln und beiden Kontrahenten des Vertrages eine gewisse Stabilität des Verhältnisses zu garantieren. Die Erfolge der Kollegen sind durchaus erfreulich, ein Vertrag ist es aber nicht und die Unterzeichnung des Schriftstückes ist eine leere Formalität.

— Elmshorn. Die Lohnbewegung in der Lederbranche, an der 108 Mitglieder unseres Verbandes beteiligt waren, ist beendet. Erreicht wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, Erhöhung der Stundenlöhne um 2 1/2-3 Pf. und Aufbesserung der Vorkordlöhne um 5 Prozent. Außerdem werden die Ueberstunden, Sonntags- und Nacharbeit in Zukunft mit 20 Prozent Zuschlag bezahlt und die hinterlegte Kaution wird mit 4 Prozent verzinst.

— Hamburg. Beim Verein deutscher Delikatessen-Verkäufer die Arbeiter eine Aufbesserung der Stundenlöhne. Erreicht wurde die Erhöhung von 41-43 Pf. auf 43-46 Pfennig. Außerdem wurden die Vorkordlöhne um 5 Prozent erhöht und für Ueberstunden wurde ein 15-prozentiger Zuschlag zugestanden.

— Garm.-Münden. In der hiesigen Gummi-Fabrik von Herr Kunth reichten die Arbeiter am 19. März Forderungen ein. Sie verlangten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfennige, da der bisherige Lohn von 22-25 Pf. nicht ausreichte, um die Kosten der Lebenshaltung zu decken. Die Antwort des Unternehmers bestand in der Entlassung von 15 Arbeitern, darunter solche, die bereits 30 Jahre im Betriebe beschäftigt waren. Auf diese brutale Antwort des Unternehmers erfolgte natürlich die Arbeits-einstellung der übrigen Beschäftigten. Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Den „Schuß“ der wenigen Arbeitswilligen gegen den Direktor, das Kontorpersonal und die Götze des Herrn Kunth. Jedenfalls ist es ein merkwürdiges, selbst in Unternehmern nicht gerade häufiges Verfahren, eine bescheidene und wertvolle Lohnforderung mit Entlassung der Arbeiter zu beantworten. Wenn Herr K. glaubte, damit die übrigen Arbeiter einzuschüchtern zu können, so hat er sich darin gründlich geirrt, und dieser Forderung wird sicher teuer zu stehen kommen. Es ist deshalb vollständig ausgedacht, daß die paar Arbeitswilligen der Streikenden wesentlichen Schaden tun können, und Herr K. täte im Interesse seines eigenen Geldbeutels gut, wenn er die bescheidene Forderung der Arbeiter anerkennt und sich dadurch seinen eingetreteten Arbeiterstamm erhalten würde. Zugug nach hier ist natürlich fernzuhalten.

